



SPD - Rathaustelegramm

Nummer 23 - Mai 2006



Die SPD-Stadtratsfraktion feiert mit Herrn Walter Fellermeier seinen 65. Geburtstag

Walter Fellermeier, Vorsitzender des Ortsbeirates Frauenaaurach, Sprecher der Erlanger Ortsbeiräte und Vorsitzender des BLSV Erlangen-Höchstadt feierte am 3. April mit der SPD-Fraktion und zahlreichen Gästen aus Politik und Verbänden seinen 65.sten Geburtstag. Nach dem Auftakt des Posaunenchores Frauenaaurach erfolgte die Begrüßung des Jubilars durch Gisela Niclas, Vorsitzende der SPD-Fraktion Erlangen.

FAG-Gelände: SPD verlangt verbindliche Zusagen des Investors für verbessertes Wohnquartier

In einem Antrag verlangt die SPD-Fraktion nunmehr verbindliche Zusagen des Investors für die Planung und Entwicklung eines neuen Wohnquartiers im ehemaligen FAG-Gelände. Bereits in der letzten Sitzung des Bau- und Werkausschusses hatte sich abgezeichnet, dass die Diskussionen zwischen der Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft ehemaliges FAG-Gelände“ dem Stadtrat und dem Investor Bewegung in das Projekt gebracht haben. Vorgelegt wurden verbesserte Vorschläge und Skizzen für die weitere Wohnbebauung.

Im Vorfeld des nächsten Bau- und Werkausschusses beantragt die SPD, die zu erwartenden Bauvoranfragen für weitere Wohngebäude an der Goerdelerstraße nur dann zur genehmigen, wenn der Investor zuvor eine verbindliche Zusage zur Veränderung des Bebauungsplans für den südlichen Teil des FAG-Geländes vorgelegt hat. Damit soll erreicht werden, dass eine geringere Verdichtung und eine kleinteiligere Bebauung entwickelt wird. „Dies verbessert die Wohnqualität für die künftigen Mieterinnen und Mieter und die Vermarktungschancen für den Investor, so Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas. Außerdem wird dadurch nach Auffassung des Planungssprechers Robert Thaler die Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem Stadtteil positiv beeinflusst.

Weiter mahnt die SPD-Fraktion Informationen über die geplanten sozialen Infrastruktureinrichtungen an. Gleichzeitig wird kritisch nachgefragt, welche Möglichkeiten der Stadt zur Verfügung stehen, eine an integrativer Stadtentwicklung orientierte Steuerung der Wohnungsbelegung mit Mietergruppen, die der besonderen Förderung bedürfen, vorzunehmen.

Tank- und Rastanlage Aurach: SPD fordert Petition

Die mittlerweile in Aussicht gestellte Verkleinerung der Ausbauplanung der Tank- und Rastanlage Aurach bedeutet für die Bevölkerung der angrenzenden Ortschaften noch keine signifikante Reduzierung der für sie zu erwartenden Lärm- und Luftbelastung. Zudem macht sie deutlich, dass die bisher von Bund und Land behauptete Größenordnung nicht erforderlich ist und veranlasst die SPD zu weiteren Schritten.

Es müssen die betroffenen Gebietskörperschaften weiterhin offensiv die berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten. Die Erlanger SPD-Fraktion im Erlanger Stadtrat geht den Kollegen in Herzogenaurach voran und stellte daher folgenden Antrag zur letzten Stadtratssitzung am 30.03.06: Der Oberbürgermeister der Stadt Erlangen reicht im Auftrag der Stadt Erlangen eine Petition beim Bayerischen Landtag ein. In dieser wendet sich die Stadt Erlangen gegen die trotz der in Aussicht gestellten Verkleinerung immer noch überdimensionierte Ausbauplanung.

Weitere Entwicklung der Bebauung im FAG-Gelände, Goerdelerstraße

In der letzten Sitzung des BWA am 4. April 2006 wurden in Bezug auf das o.g. Projekt seitens des Investors modifizierte Vorschläge und Skizzen zur möglichen Auflockerung der Baukörper der Abschnitte WA 2 und WA 3 vorgestellt. Mit dieser Präsentation eröffnet sich möglicherweise die Option auf eine geringere Verdichtung und eine verbesserte städtebauliche Situation. Für die künftigen MieterInnen könnte dies voraussichtlich eine höhere Wohn- und Aufenthaltsqualität, für den Investor eine deutliche Verbesserung der Vermarktungschancen bringen.. Dies gilt umso mehr, als es von ihm bereits mündliche Zusagen gibt, das Bebauungskonzept auch im südlichen Teil des FAG-Geländes deutlich kleinteiliger und weiter aufgelockert zu gestalten. Es geht jetzt darum, diesen Stand der Erörterung in nachvollziehbare Planung umzusetzen, sowie die Transparenz des weiteren Prozesses sowohl gegenüber der unmittelbaren Nachbarschaft als auch den Bürgerinnen und Bürgern in Bruck zu gewährleisten.

Die SPD-Fraktion stellt daher folgende Anträge:

In der nächsten Sitzung des BWA werden die in der Sitzung am 4.4.2006 vorgestellten Vorschläge und Skizzen entsprechend der dazugehörigen Protokollnotiz in einer verbindlichen Bauvoranfrage zur Beschlussfassung vorgelegt. Hier heißt es: „Um Rechtssicherheit zu erlangen, wird vom Antragsteller gefordert, für die übrige Bebauung schnellstmöglich eine Bauvoranfrage zu stellen.“ Die o.g. Vorschläge und Skizzen stellen eine Verbesserung und damit



eine deutliche Abweichung vom bisher noch geltenden Bebauungsplan dar. In den Sachbericht und den Beschlussvorschlag zur Genehmigung ist daher die entsprechende Befreiung vom Bebauungsplan aufzunehmen. Hinsichtlich einer veränderten Beurteilung des Lärmschutzes sind im Sachbericht die entsprechenden Ausführungen darzulegen. Diesbezüglich ist auch der UVPA zu beteiligen.

Um die weitere Entwicklung und Realisierung des FAG-Geländes zügig vorantreiben zu können, werden die Baugenehmigungen für die Abschnitte WA 2 und 3 nur unter der Bedingung erteilt, dass dem BWA eine schriftliche Einverständniserklärung des Investors vorgelegt wird, den Bebauungsplan auch im südlichen Teil des Geländes hin zu geringerer Verdichtung und mehr Kleinteiligkeit der Gebäudekörper zu verändern.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, im HFGA bzw. im UVPA folgende Fragen zu beantworten:

- Welche konkreten Ergebnisse liegen bereits vor hinsichtlich der Umplanung des südlichen Teils des FAG-Geländes?
- Welche Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sind verbindlich vorgesehen?
Wir erinnern an dieser Stelle an den beschlossenen Teil unseres Dringlichkeitsantrages in der Sitzung des Stadtrates im Februar 2006 zum selben Thema.
- Der Investor hat im FAG-Gelände bereits öffentlich geförderte Wohnungen erstellt. Werden zur Errichtung der bisher bereits genehmigten bzw. noch zur Genehmigung anstehenden Wohnungen erneut öffentliche Mittel in Anspruch genommen?
- Wenn ja: Woher, in welcher Form und in welcher Höhe?
- Erwartet der Investor von der Stadt Erlangen Bürgschaften, Darlehen oder Zuschüsse?
- Sind damit verbindliche Zusagen für Belegungsrechte durch das zuständige Fachamt (Amt 50) verbunden?
- Wenn nein, wie gedenkt dann das Referat für Soziales und Wohnen die bereits bei mehreren öffentlichen Gelegenheiten gemachten verbindlichen Zusagen zur Belegungssteuerung einzuhalten, bestimmte MieterInnengruppen, die der besonderen Förderung bedürfen, nicht zu konzentrieren (z.B. Aussiedler in Bruck), sondern im Interesse von sozialer Ausgewogenheit und besserer Integration im ganzen Stadtgebiet zu verteilen?

Familienfreundliche Stadt Erlangen: Bedarfsanerkennung einer zeitlich befristeten Notgruppe im Altstädter Kindergarten

die Evang.-Luth. Kirchengemeinde Erlangen-Altstadt als Träger des Altstädter Kindergartens in der Haagstr. 2 beantragt eine Bedarfsanerkennung für eine befristete Notgruppe für die Betreuung von Geschwisterkindern und Unter-drei-Jährigen für den Zeitraum vom 01.05.06 bis 01.09.07. Der Stadtrat hat den Bedarf an Betreuungsplätzen für das Jahr 06 festgestellt und entsprechend die notwendigen Haushaltsmittel genehmigt. Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag
Die Verwaltung möge bis zur Stadtratssitzung am 27.04. prüfen und dann dort darüber berichten, inwieweit dem Altstädter Kindergarten, bzw. dem Pfarramt Erlangen-Altstadt in der oben genannten Angelegenheit weitergeholfen werden kann.

Sollte eine Förderung im Rahmen des für das Jahr 2006 festgestellten Bedarfskonzeptes nicht möglich sein, bitten wir um Prüfung einer zeitlich begrenzten finanziellen Unterstützung außerhalb des Konzeptes (freiwillige Leistung).

Unsere weiteren Anträge:

- Ganztagsgrundschulen
- Beteiligungsmanagement und Controlling
- Flächendeckende klinische Versorgung d. Bevölkerung
- Projekt „Deutsch 80“

Sollten Sie Interesse an einzelnen Anträgen haben, schauen Sie ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen den Antrag per E-Mail zu.
spd@erlangen.de

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon 09131-862225
Fax 09131-862181
Mail spd@erlangen.de
Internet www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathausstelegramm wird erstellt durch die SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Ute Plagens